

dtv



Wolfgang Benz

WIE ES ZU  
DEUTSCHLANDS  
TEILUNG KAM

Vom Zusammenbruch zur Gründung der  
beiden deutschen Staaten  
1945–1949

dtv

**Ausführliche Informationen über  
unsere Autoren und Bücher**  
**[www.dtv.de](http://www.dtv.de)**

Dieses Buch ist auch als eBook erhältlich.



© 2018 dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, München

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Sämtliche, auch auszugsweise Verwertungen bleiben vorbehalten.

Satz: Fotosatz Amann, Memmingen

Gesetzt aus der Minion und der Futura

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany · ISBN 978-3-423-28158-4

# INHALT

Vorwort 7

## ERSTER TEIL: BESATZUNGSHERRSCHAFT UND NEUAUFBAU IM VIER-ZONEN-DEUTSCHLAND

---

1. Vorgeschichte der Teilung Deutschlands: Die Kriegsziele der Anti-Hitler-Koalition 11
2. Der Zusammenbruch des NS-Staates und die bedingungslose Kapitulation 32
3. Die Errichtung der Besatzungsherrschaft 53
4. Die Potsdamer Konferenz 69
5. Länderregierungen und zonale Bürokratien als Auftragnehmer der Besatzungsmächte 107
6. Wiederbeginn politischen Lebens: Die Gründung von Parteien und Gewerkschaften 123
7. Reparationen, Kriegsverbrecherprozesse, Entnazifizierung 144
8. Erziehung zur Demokratie: Bildungswesen und Kulturpolitik, Presse und Rundfunk 169

## ZWEITER TEIL: DER WEG ZUM WESTSTAAT UND DIE GRÜNDUNG DER DDR

---

1. Die Luftbrücke nach Berlin 1948/49 195
2. Die Beschlüsse von Potsdam und die Einheit Deutschlands 225
3. Die Errichtung der Bizonie 234
4. Marshall-Plan und Währungsreform 260
- Exkurs: Beschwörung der kulturellen Einheit – Die Konferenz der deutschen Studenten im Januar 1948 275

5. Der Auftrag zur Gründung des Weststaates	283
6. Die Entstehung des Grundgesetzes in Herrenchiemsee und Bonn	295
7. Zeit des Übergangs: Sommer 1949	307
8. Sonderwege der Sowjetischen Besatzungszone. Die Deutsche Wirtschaftskommission als Pendant zur Bizone	322
9. Die Volkskongressbewegung der SED	329
10. Die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik	337
11. Alleinvertretungsanspruch des Weststaates versus Einheitspostulat des Oststaates: Systemkonkurrenz und Konfrontation bis zur Souveränität 1955	344
Epilog: Walter Ulbricht. Die politische Karriere eines Staatsgründers	359
Personenregister	410

## VORWORT

Das Interesse des Publikums und auch der Historiker hat sich seit der Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR von der Entstehungsgeschichte der beiden deutschen Nachkriegsstaaten abgewendet. Es gibt daher kaum neue Forschungsergebnisse, aber auch keine neuen Erkenntnisse zu den Ursachen und der Entwicklung der Teilung Deutschlands im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg. Mythen über die Trümmerzeit, die vermeintliche »Stunde Null«, Legenden über die glückhaften Aufbauleistungen der Deutschen und die verhängnisvollen Fehler der Alliierten beherrschen die Erinnerung. Das Odium, die Einheit der Nation preisgegeben zu haben, wird als Folge des Kalten Krieges in Ost und West jeweils der anderen Seite zugewiesen. Historische Tatsache ist es, dass die Teilung mit den Kompromissen der Potsdamer Konferenz begann, dass die Versuche, die Potsdamer Vereinbarungen zur Einheit Deutschlands zu realisieren und zu retten, die Teilung nur beschleunigten. Das Tempo des Auseinanderdriftens der Ostzone und der Westzonen bestimmten die Westmächte unter Führung der USA im Einklang mit der Bevölkerung ihrer Besatzungsgebiete. Aber die Anlässe boten die Politik der Sowjetunion und auch das Agieren Frankreichs. Den Kurs zur Gründung der Bonner Republik und deren Integration in das westliche System gaben die Vereinigten Staaten vor. Die Sowjetunion konnte nur reagieren, auf die Bizone, den Marshall-Plan, die Währungsreform, die Staatsgründung in Bonn. Dass in analoger Weise jeweils im Gegenzug die DDR als Klientelstaat Moskaus errichtet wurde und dass sie in das östliche Koordinatensystem – den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und den Warschauer Pakt – einbezogen wurde, waren logische Reflexe auf die Bündnisse der BRD und deren Aufnahme in die NATO.

Den Kern dieses Buches bilden die im Deutschen Taschenbuch Verlag erschienenen Bände ›Potsdam 1945‹ (zuletzt 2005) und ›Die Gründung

der Bundesrepublik« (zuletzt 1999). Der Text wurde erheblich überarbeitet, gekürzt, aktualisiert und nicht nur durch die Gründungsgeschichte der DDR erweitert. Der Text versteht sich insgesamt als Geschichtsschreibung, die der Tradition folgt, akribisch darzustellen, was geschah, zu deuten, warum es geschah, und die Folgen der Entschlüsse und Entscheidungen aller Beteiligten kritisch zu betrachten. Das Buch will auch auf die Teilung Deutschlands als Folge nationalsozialistischer Hybris aufmerksam machen und einen Beitrag dazu leisten, die Folgen der Teilung zu überwinden, die im dritten Jahrzehnt der Vereinigung noch schmerzhaft zu spüren sind.

Der Autor ist vielen zu Dank verpflichtet, stellvertretend für alle nenne ich den im Februar 2018 verstorbenen Freund Walter Kumpmann, der die Urform des Textes als Lektor betreute, seiner Nachfolgerin bei dtv Andrea Wörle und ihrer Kollegin Brigitte Hellmann, die das Werk mit Umsicht und Geduld bis zum Ende förderte. Besonders herzlich danke ich Christine Eberle, die nicht nur das Manuskript erstellte sondern mich mit steter Freundlichkeit und Kompetenz durch Recherchen unterstützt hat.

# ERSTER TEIL

BESATZUNGSHERRSCHAFT UND NEU-  
AUFBAU IM VIER-ZONEN-DEUTSCHLAND



# 1. VORGESCHICHTE DER TEILUNG DEUTSCHLANDS: DIE KRIEGSZIELE DER ANTI-HITLER-KOALITION

Durch den Überfall auf Polen am 1. September 1939 war das Deutsche Reich in den Kriegszustand mit Großbritannien und Frankreich getreten, aber auch Australien, Indien, Neuseeland, Südafrika und Kanada waren als Mitglieder des britischen Commonwealth seit September 1939 Kriegsgegner von Hitler-Deutschland. Bis zum Frühjahr 1945, als Argentinien am 27. März in den Krieg eintrat, war die Zahl der Staaten, die sich im Kriegszustand mit Deutschland befanden, auf mehr als fünfzig angewachsen. Mit einer einzigen Ausnahme befanden sich zuletzt auch die ehemaligen Verbündeten des Dritten Reiches unter dessen Gegnern, nämlich Italien ab Oktober 1943, Rumänien ab August 1944, Bulgarien einen Monat später, Ungarn im Dezember 1944. Sogar die neutrale Türkei hatte am 1. März 1945 Deutschland noch den Krieg erklärt, und Finnland, das mit deutscher Hilfe gegen die Sowjetunion gekämpft hatte, sandte am 3. März eine Kriegserklärung nach Berlin, die rückwirkend ab 15. September 1944 galt. Deutschlands letzter Verbündeter, das Kaiserreich Japan, blieb schließlich auch als letztes Land auf der Verliererseite kämpfend übrig, bis es durch die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 zur Kapitulation gezwungen wurde. In Europa schwiegen, als Japan kapitulierte, die Waffen schon drei Monate lang. Aber auch ohne den Abfall der Freunde und Verbündeten war die Zahl der Feinde Deutschlands seit dem »Blitzkrieg« gegen Polen ständig angewachsen. Im April und Mai 1940 hatte die deutsche Wehrmacht die Nachbarn im Norden und Westen – erst Norwegen und Dänemark, dann die Niederlande, Belgien und Luxemburg – überfallen und wie Frankreich besetzt. Im Frühjahr 1941 marschierten deutsche Soldaten gegen Jugoslawien und Griechenland. Die entscheidenden Stationen waren aber der deutsche Überraschungsangriff auf die Sowjetunion am

22. Juni 1941 und die deutsche Kriegserklärung gegen die Vereinigten Staaten am 11. Dezember 1941. Freilich standen die USA politisch, ideologisch und materiell längst auf der Seite der Alliierten. Das hatte Präsident Roosevelt auch gegenüber aller Welt klargestellt, als er am 12. August 1941 zusammen mit dem britischen Premierminister Winston S. Churchill das Dokument unterzeichnete, das unter dem Namen Atlantik-Charta zum Grundsatzpapier der internationalen Politik nach dem Krieg werden sollte.

Roosevelt und Churchill, die sich an Bord des amerikanischen Schlachtschiffs »Augusta« vor der Küste Neufundlands getroffen hatten, propagierten in der Charta die Prinzipien, von denen sie eine bessere Zukunft für die ganze Welt erhofften und die die Leitlinien der Politik beider Länder sein sollten: keine territorialen Veränderungen, die nicht mit dem freien Willen der betroffenen Völker übereinstimmten, Selbstbestimmungsrecht über die Regierungsform für alle Völker einschließlich der Wiederherstellung dieser Rechte in den Ländern, in denen sie den Völkern gewaltsam genommen wurden, freier und gleicher Zugang aller Nationen zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt, engste Zusammenarbeit aller Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet mit dem Ziel des ökonomischen und sozialen Fortschritts. »Nach der endgültigen Vernichtung der Nazityrannei«, so begann der sechste Absatz der Erklärung, hofften der amerikanische Präsident und der britische Premier »auf einen Frieden, der allen Nationen die Möglichkeit bietet, innerhalb der eigenen Grenzen sicher zu leben, und der allen Menschen die Sicherheit gibt, in ihren Ländern frei von Not und Furcht zu leben«.<sup>1</sup>

In der Atlantik-Charta waren Absichten und Ziele einer künftigen globalen Friedensordnung und ihrer Sicherung umrissen, das Papier war das erste Gründungsdokument der UNO (deren Inauguralkonferenz im April 1945 in San Francisco zusammentrat), die Atlantik-Charta bildete aber auch das Grundkonzept der Anti-Hitler-Koalition. Hatte es zunächst so geschienen, als wäre die Erklärung vom August 1941 nicht nur gegen das Deutsche Reich und Japan gerichtet, sondern auch gegen die Sowjetunion (die Selbstbestimmungspostulate waren in diesem Sinne jedenfalls interpretierbar), so wurden die Zweifel zerstreut, als Moskau sich am 24. September der Kundgebung Roosevelts und Churchills anschloss. Zwar hatte die Sowjetunion zu erkennen gegeben, dass die Leit-

sätze der Charta den Notwendigkeiten bestimmter Länder entsprechend modifiziert werden müssten, aber auch in London hatte Churchill vor dem Unterhaus konstatiert, dass das Dokument für die britischen Kolonien nicht gelte. Die edlen Absichten waren also eingeschränkt, aber zur Bekräftigung übereinstimmender Ziele der Anti-Hitler-Koalition taugte das Papier allemal, und das wurde am 1. Januar 1942 feierlich bekräftigt, als Vertreter von 26 Staaten in Washington den »Pakt der Vereinten Nationen«<sup>2</sup> unterzeichneten, in dem die Atlantik-Charta verbindlich erklärt wurde und in dem sie sich verpflichteten, keinen Separatfrieden mit Deutschland oder Japan abzuschließen.

### **Territoriale Interessen und Teilungspläne**

Fast zur gleichen Zeit, Mitte Dezember 1941, formulierte Stalin gegenüber dem britischen Außenminister Eden in Moskau die sowjetischen Vorstellungen und Ziele über die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege und über die künftigen Grenzen in Mitteleuropa. Die Wiederherstellung Österreichs als selbstständiger Staat, die Rückgabe der Sudetengebiete an die ebenfalls wiederherzustellende Tschechoslowakei erschienen ebenso selbstverständlich wie das Ziel, den territorialen Zustand der von Deutschland angegriffenen und besetzten Länder grundsätzlich zu restituieren. Freilich mit Ausnahmen: Die Gebietserwerbungen aus der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts wollte Stalin nicht rückgängig machen. Das betraf zum einen die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, die 1940 der Sowjetunion einverleibt worden waren, und zum anderen Polen, das im September 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion aufgeteilt worden war. Hitler und Stalin hatten die Teilung entlang der »Curzon-Linie« vereinbart, also nach der, nach dem britischen Außenminister von 1919 benannten, von der polnischen Regierung nie anerkannten Demarkationslinie zwischen Russland und Polen nach dem Ersten Weltkrieg.

In Stalins Verständnis war die »Curzon-Linie« nach wie vor die »richtige« Ostgrenze Polens. Die ostpolnischen Gebiete, die 1939 der ukrainischen und der belorussischen Sowjetrepublik zugeschlagen worden

waren, sollten nicht an den wieder zu errichtenden polnischen Staat zurückfallen. Als Kompensation sollte Polen nach dem Ende des Krieges Ostpreußen von Deutschland erhalten. Nach polnischem Verständnis aber trennte diese Grenze wesentliche Bestandteile der polnischen Nation und über drei Millionen Menschen von Polen ab.

In den drei Zusammenkünften, die Stalin im Dezember 1941 mit dem britischen Außenminister hatte<sup>3</sup>, artikulierte er noch einige andere territoriale Interessen (zu Lasten Finnlands und Rumäniens), wesentlich war jedoch der Gedanke, Deutschland nach seiner Niederlage zu zerschlagen, Teile davon abzutrennen und zu verselbstständigen, etwa das Rheinland oder auch Bayern.

Die britische Regierung verhielt sich den sowjetischen Forderungen gegenüber ablehnend oder hinhaltend – die Behandlung Deutschlands nach dem Krieg stand in London noch nicht zur Debatte, und die russische Westgrenze und deren strategische Absicherung würde dereinst ein Thema der Friedenskonferenz sein. Der britische Premier erinnerte an die Atlantik-Charta und an die Verpflichtung gegenüber den Vereinigten Staaten, kein Geheim- oder Sonderabkommen einzugehen, wie sie Stalin als Bestandteil eines sowjetisch-britischen Bündnisses vorschlug, und Churchill telegraphierte seinem Außenminister am 20. Dezember 1941 nach Moskau, das Hauptziel der Kriegsanstrengungen bleibe »die Verhütung eines abermaligen deutschen Ausbruches. Die Trennung Preußens von Süddeutschland und die territoriale Gestaltung Preußens gehören zu den größten der zu entscheidenden Probleme. Doch all das muss einer Zukunft überlassen bleiben, die ungewiss ist und vermutlich noch in weiter Ferne liegt. Vorerst gilt es, den Krieg durch harte, unablässige Anstrengung zu gewinnen. Heute derartige Fragen in der Öffentlichkeit aufzuwerfen, würde nur alle Deutschen um Hitler scharen.«<sup>4</sup>

Trotz der ablehnenden Haltung Londons gegenüber den sowjetischen Wünschen, die von Anfang an die Beziehungen in der Anti-Hitler-Koalition belastete und die in der Folgezeit dann weder in London noch in Washington durchgehalten werden konnte, blieben seit der Jahreswende 1941/42 zwei entscheidende Elemente der alliierten Kriegszielpolitik in der Debatte: Das Nachkriegsschicksal Deutschlands würde mit der Entscheidung über Polens endgültige Gestalt verknüpft sein, und die territoriale Integrität des Deutschen Reiches würde, ganz abgesehen davon,

dass alle Erwerbungen aufgrund nationalsozialistischer Politik oder Gewalt hinfällig wären, zur Disposition stehen. Die Zeit der Aufteilungspläne war angebrochen.<sup>5</sup>

In Washington war man zunächst über die als unverföhren empfundene Territorialforderungen Stalins empört – der Chef der Sowjetunion wollte ja trotz seiner Zustimmung zur Atlantik-Charta die Früchte der Freundschaft mit Hitler, die Erwerbungen von 1939 bis 1941, ohne Rücksicht auf das feierlich propagierte Selbstbestimmungsrecht der Völker behalten. Ebenso bestimmt wie London hatte Washington daher die sowjetische Idee, Europa in Interessensphären hegemonialer Ausprägung aufzuteilen, zurückgewiesen, aber diese Haltung änderte sich schon bald. Unter dem Eindruck der noch ungebrochenen Kraftentfaltung der deutschen Armeen und in der Furcht vor einem Separatfrieden zwischen Stalin und Hitler waren im Frühjahr 1942 zuerst die britischen und dann auch die amerikanischen Politiker bereit, die sowjetischen Kriegsziele zähneknirschend zu tolerieren. Ein Friedensschluss zwischen Moskau und Berlin sah in damaliger britisch-amerikanischer Sicht nicht ganz so unwahrscheinlich aus, wie das nachträglich erscheinen mag. Jedenfalls sind solche Überlegungen Indizien für das gegenseitige Misstrauen, das in der Anti-Hitler-Koalition herrschte.

Im Januar 1943 trafen sich Roosevelt und Churchill in Casablanca. Bei der Konferenz waren die Chefs der anglo-amerikanischen Generalstäbe, der Flotten und Luftflotten anwesend; auf der Tagesordnung stand die Planung der Invasion in die von den Achsenmächten noch beherrschte »Festung Europa«. Beschlossen wurde, britischen Forderungen entsprechend und den sowjetischen Wunsch nach der eigentlichen zweiten Front im Westen – in Frankreich – negierend, die Landung in Sizilien im Sommer 1943. Stalin war nach Casablanca eingeladen, fühlte sich aber als sowjetischer Oberbefehlshaber unabhkömmlich: Die Schlacht um Stalingrad ging zur Zeit der Casablanca-Konferenz ihrem Ende zu. Die deutsche 6. Armee war hier an der Wolga seit November 1942 eingekesselt, nach dem gescheiterten Entsatzversuch vom Dezember und Hitlers Verbot eines Ausbruchs oder der Kapitulation entschied sich Ende Januar 1943 ihr Schicksal. 146 000 deutsche Soldaten waren gefallen, 90 000 gerieten in sowjetische Gefangenschaft (von ihnen kehrten lange nach dem Krieg noch etwa 6000 in die Heimat zurück).

In Stalingrad hatte sich, wie von Stalin erstrebt, das Blatt zugunsten der Sowjetunion gewendet. Die Durchhalteparolen, die in Deutschland als Reaktion auf den Schock an der Ostfront einsetzten – Goebbels' Aufruf zum »totalen Krieg« im Berliner Sportpalast wurde am 18. Februar 1943 inszeniert<sup>6</sup> –, waren auch als Antwort auf ein Konferenzergebnis von Casablanca gedacht. Roosevelt hatte in einer Pressekonferenz am 24. Januar die Formel von der »bedingungslosen Kapitulation« (unconditional surrender) verkündet<sup>7</sup>, die man von Deutschland und den anderen Staaten der Achse, Italien und Japan, verlangen werde. Gemeint war, dass die Alliierten bis zur vollständigen Niederlage Hitlers und seiner Verbündeten kämpfen würden, dass keinerlei politische Verpflichtungen den Besiegten gegenüber eingegangen würden und dass keine nationalsozialistische Nachfolgeregierung des Hitlerregimes verhandlungsfähig sein würde. Stalin schloss sich der Casablanca-Formel etwas zögernd an (die sowjetische Politik differenzierte auch mindestens propagandistisch zwischen dem deutschen Volk und dem NS-Regime).

Hinter der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, gegen die namentlich in Großbritannien, aber auch in den USA Bedenken erhoben wurden, weil sie ja durchaus kriegsverlängernd wirken und verzweifelte Patrioten um Hitler scharen und zur äußersten Anstrengung anstacheln konnte, standen mehrere Argumentationslinien. Roosevelt war davon überzeugt, am Ende des Zweiten Weltkrieges müssten die Deutschen mit äußerster Konsequenz zum Eingeständnis ihrer Niederlage gezwungen werden. Die Möglichkeit, die Niederlage wie 1918 zu verleugnen oder zu verdrängen, dürfe sich nicht wiederholen. Die Dolchstoßlegende und die Trostlüge »Im Felde unbesiegt« hatten nach dem Ersten Weltkrieg bei der Revisionspolitik, die Hitler dann zum katastrophalen Höhepunkt trieb, eine wesentliche Rolle gespielt.<sup>8</sup>

Die Casablanca-Formel sollte aber auch als Kitt der Anti-Hitler-Allianz dienen, das Misstrauen der Partner zerstreuen und vor allem Stalin wegen der so lange ausbleibenden zweiten Front gegen Deutschland beschwichtigen. Für Roosevelt war die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation nichts anderes als logisch und aus dem politischen Denken der Amerikaner verständlich. Die große und einzige eigene Kriegserfahrung im Lande, der Bürgerkrieg, hatte nicht anders als mit der vollständigen Unterwerfung der unterlegenen Südstaaten enden können, und noch

einmal, wie nach dem Ersten Weltkrieg, gewissermaßen um die Früchte der Anstrengungen und Opfer auf dem fernen europäischen Kriegsschauplatz geprellt werden wollten Roosevelt und mit ihm die Mehrheit der Amerikaner auch nicht.

Ähnlich wie US-Präsident Wilson im Ersten Weltkrieg für eine anschließende allgemeine Friedensordnung gekämpft hatte, war Roosevelts oberstes Kriegsziel die Idee der globalen Friedens- und Interessensicherung durch das Instrument der Vereinten Nationen. Zur Errichtung dieser Organisation war Handlungsfreiheit ohne Vorbedingungen erforderlich, und je eindeutiger die Niederlage der Aggressoren in Deutschland, Japan und Italien sein würde, desto besser würde das für die Errichtung der Nachkriegsordnung sein.<sup>9</sup>

Ab Frühjahr 1943 wurde in den Hauptstädten der Alliierten geplant, welche Maßnahmen gegen Deutschland nach der Kapitulation (die nach Kriegslage nur eine Frage der Zeit sein konnte) ergriffen werden sollten. So vage die Überlegungen auch noch waren, so stand doch fest, dass Deutschland nach Kriegsende von alliierten Truppen besetzt sein würde, die garantieren sollten, dass – anders als nach dem Ersten Weltkrieg – das deutsche Kriegspotenzial zerschlagen und jegliche Möglichkeit zu künftigen, von Deutschland entfachten Kriegen beseitigt werden würde. Von Bestrafung der »schuldigen barbarischen Führer« und Vergeltung war ab Frühjahr 1943 ebenfalls die Rede. Churchill kündigte im Juni 1943 an, dass die Maßnahmen getroffen würden, »die notwendig sind, um die Welt davor zu bewahren, noch einmal durch die abgefeimten Machenschaften und räuberischen Überfälle solcher Leute in Raserei, Zerrüttung und Todesnacht gestürzt zu werden. Es bedeutet nicht und kann niemals bedeuten, daß wir unsere siegreichen Waffen durch Unmenschlichkeit oder schiere Rachlust beflecken sollen.«<sup>10</sup> Churchill nannte die Maßnahmen, die seiner Meinung nach ergriffen werden sollten und über die Einigkeit zwischen Moskau, London und Washington bestehe, nämlich die Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten unter endgültiger Abtrennung von Ostpreußen und der deutschen Gebiete östlich der Oder. Preußen würde zerschlagen und das Ruhrgebiet sowie die anderen Zentren der Kohle- und Stahlproduktion müssten dem Einfluss Preußens entzogen werden.

Über Preußen, das eine dominierende Stellung in Deutschland hatte,

das als Bundesstaat seit Bismarcks Zeiten drei Fünftel des Territoriums des Deutschen Reiches einnahm, auf dem nach der Volkszählung vom Juni 1933 fast 40 Millionen Menschen lebten, während das ganze Deutsche Reich 66 Millionen Einwohner hatte, wurde auf Seiten der Alliierten überhaupt viel nachgedacht. Auf der Konferenz in Washington im Mai 1943 debattierten Churchill und Roosevelt über das Lieblingsprojekt des britischen Premiers, eine Donauföderation (bestehend aus Süddeutschland, Österreich und Ungarn) mit Wien als Hauptstadt. Das setzte die Trennung Preußens von Deutschland bzw. die Zerschlagung Preußens in mehrere Teile voraus.<sup>11</sup> In Quebec erörterten dann im August des gleichen Jahres die Außenminister der beiden Westmächte die Aufteilung Deutschlands in mehrere unabhängige Staaten.

Vom 19. bis 30. Oktober 1943 konferierten in Moskau die Außenminister der Anti-Hitler-Koalition. Molotow, Eden und Hull verständigten sich auf Grundzüge der Deutschlandpolitik, die zum Teil später sogar realisiert wurden: Das Gebiet des Deutschen Reiches wurde als das Territorium innerhalb der Grenzen vom 1. Januar 1937 definiert. Das bedeutete, Österreich und alle anderen annektierten Gebiete würden nach der Kapitulation nicht mehr zu Deutschland gehören, das unter Besatzung durch sowjetische, britische und amerikanische Truppen käme. Die Regierungsgewalt in Deutschland sollte von einer interalliierten Kontrollkommission übernommen werden. Deren vordringliche Aufgabe würde die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung sein. Deutschlands Kriegsindustrie sollte zerstört werden, und zur Wiedergutmachung des durch Deutschland angerichteten Schadens müssten Reparationsleistungen erbracht werden. Dieses Programm basierte im Wesentlichen auf amerikanischen Vorschlägen, denen Eden und Molotow zugestimmt hatten. Die Details sollten von einem ständigen Ausschuss, der »European Advisory Commission« (EAC), ausgearbeitet werden. Diese Kommission nahm ihren Sitz in London und machte sich im Januar 1944 an die Arbeit, »die im Zusammenhang mit der Beendigung der Feindseligkeiten auftauchenden europäischen Fragen zu untersuchen und den drei Regierungen entsprechende Empfehlungen vorzulegen«<sup>12</sup>.

Das Kommuniqué über die Beratungen der drei Außenminister in Moskau enthielt auch eine bemerkenswerte Ankündigung, die in der

Form einer feierlichen gemeinsamen Erklärung von Roosevelt, Churchill und Stalin am 1. November 1943 publiziert wurde. Die Proklamation handelte von Grausamkeiten, Massakern und Massenexekutionen in den von Deutschland besetzten Ländern Europas. Die Brutalität der Naziherrschaft sei nichts Neues und alle Völker oder Länder unter deutscher Gewalt hätten darunter gelitten, neu sei aber – und das warf auch Licht auf die beginnende Agonie der deutschen Herrschaft –, dass die vor den alliierten Befreiungsarmeen zurückweichenden »Hitleriten und Hunnen ihre unbarmherzigen Grausamkeiten verdoppeln«. Mit besonderer Deutlichkeit werde dies durch ungeheure Verbrechen auf dem Gebiete der Sowjetunion, in Frankreich und Italien bewiesen. Gemeint waren die unmenschlichen und völkerrechtswidrigen Vergeltungsaktionen der deutschen Truppen, vor allem der SS, gegenüber Résistance, Partisanen und unschuldigen Zivilisten. Geiselmorde wie in Lidice stehen für solche Gräueltaten.<sup>13</sup> (Für die Ermordung von mehr als 4000 polnischen Offizieren, die im April 1943 in einem Massengrab im Wald von Katyn bei Smolensk entdeckt wurden, war die Sowjetregierung verantwortlich, aber auch dieser Fall wurde dem deutschen Schuldkonto angelastet.<sup>14</sup>) Im Namen der Vereinten Nationen ließen die Regierungschefs der drei Großmächte erklären, wie die Bestrafung der Schuldigen aussehen sollte: »Sobald irgendeiner in Deutschland gebildeten Regierung ein Waffenstillstand gewährt werden wird, werden jene deutschen Offiziere, Soldaten und Mitglieder der Nazipartei, die für die obigen Grausamkeiten, Massaker und Exekutionen verantwortlich gewesen sind oder an ihnen zustimmend teilgehabt haben, nach den Ländern zurückgeschickt werden, in denen ihre abscheulichen Taten ausgeführt wurden, um gemäß den Gesetzen dieser befreiten Länder und der freien Regierungen, welche in ihnen errichtet werden, vor Gericht gestellt und bestraft zu werden ... So werden Deutsche, die an Massenerschießungen von polnischen Offizieren oder an der Exekution von französischen, holländischen, belgischen oder norwegischen Geiseln oder kretischen Bauern teilnahmen oder die teilgehabt haben an den Blutbädern unter dem polnischen Volk oder in den Gebieten der Sowjetunion, die jetzt vom Feinde reingefegt sind, damit rechnen müssen, daß sie an den Schauplatz ihrer Verbrechen zurückgebracht und an Ort und Stelle von den Völkern abgeurteilt werden, denen sie Gewalt angetan haben. Mögen sich diejenigen, die ihre

Hand bisher nicht mit unschuldigem Blut besudelt haben, davor hüten, sich den Reihen der Schuldigen beizugesellen, denn mit aller Sicherheit werden die drei alliierten Mächte sie bis an die äußersten Enden der Welt verfolgen und sie ihren Anklägern ausliefern, damit Gerechtigkeit geschehe.«

Und dann folgte noch eine Ankündigung, die, als sie im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess vor alliierterm Tribunal 1945/46 verwirklicht wurde, Rechtsgeschichte machte: »Die obige Erklärung erfolgt mit Vorbehalt der Rechte gegenüber den deutschen Verbrechern, deren Vergehen keine bestimmte örtliche Beschränkung haben; sie werden durch gemeinsames Urteil der Regierungen der Verbündeten bestraft werden.«<sup>15</sup>

In Teheran, wo vom 28. November bis 1. Dezember 1943 Roosevelt, Churchill und Stalin erstmals gemeinsam am Konferenztisch saßen, war auch, nebenbei und ziemlich allgemein, aber jetzt ganz offiziell, von der Möglichkeit die Rede, Polen nach Westen zu schieben, also die sowjetischen Ansprüche auf polnisches Gebiet im Osten durch deutsche Abtretungen an Polen im Westen zu kompensieren. Auf der Teheraner Konferenz, die in der dortigen sowjetischen Botschaft stattfand, zeichneten sich auch die Konturen eines zerstückelten Deutschlands ab, jedoch blieb noch alles in der Schwebel. Roosevelt dachte daran, Deutschland in fünf selbstständige Staaten aufzugliedern und weitere Gebiete, nämlich Kiel, den Nord-Ostsee-Kanal und Hamburg sowie die schwerindustriellen Gebiete an der Ruhr und an der Saar unter internationale Verwaltung zu stellen. Churchill propagierte wieder seine Lieblingsideen der Trennung Preußens vom übrigen Deutschland und der Errichtung einer bayerisch-österreichisch-ungarischen Föderation entlang der Donau. Stalin schien Zurückhaltung zu üben – es sei verfrüht, über sowjetische Forderungen zu sprechen –, aber er versicherte sich der Zustimmung der Westalliierten gegenüber seinen Polen-Plänen und zum sowjetischen Anspruch auf das ostpreußische Königsberg (wegen des angeblich eisfreien Hafens) nebst Umgebung.<sup>16</sup>

In London war inzwischen die European Advisory Commission (EAC) an der Arbeit, ein Kollegium von drei Berufsdiplomaten, die von den Außenministerien der drei Großmächte ihre Instruktionen erhielten. Moskau und Washington hatten ihre Botschafter in London dazu bestimmt, Großbritannien war durch William Strang, Assistant Under